

Diskussion (Arbeitsgruppe 2/Runde 1)

Gerd Muhr: Ich habe zwei Anmerkungen. Die Begriffe Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat kann man in Deutschland nicht synonym gebrauchen, weil der Begriff Wohlfahrt hier eine ganz andere Färbung hat als in anderen Ländern.

Der Wohlfahrtsstaat in Deutschland, das ist der Staat, der die Menschen passiv macht, Eigeninitiative hemmt. Die heutige Sozialhilfe war früher eben die Wohlfahrt. So ist es den Älteren jedenfalls noch bekannt. Wenn also jemand den Sozialstaat madig machen will, verwendet er den Begriff Wohlfahrtsstaat. Deshalb bitte ich dringend darum, dass wir diese Begriffe in den Gewerkschaften auseinander halten.

Zweite Anmerkung: Gab es nach 1945 eine reale Chance, in Deutschland einen Systemwandel zu verwirklichen? Ich antworte glatt mit nein. Und zwar aus ganz einfachen Gründen: Wir hatten die älteste Tradition beim System für soziale Sicherung und wir hatten Erfahrungen damit, was es auch bei der Überwindung größter Schwierigkeiten zu leisten vermag. Das hat es auch nach 1945 getan. Eine Systemänderung hat zwar in West-Berlin mit der Einheitsversicherung gut funktioniert, aber das war ein lokal begrenztes Gebiet. Auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland wäre das so nicht übertragbar gewesen.

Und wer hätte diese Änderung betreiben sollen? Die aktiven Gewerkschafter hatten alle Hände voll damit zu tun, die Betriebe wieder aufzubauen und die Versorgung der Menschen sicherzustellen. Für einen grundsätzlichen Systemwandel, womöglich auch noch gegen die Überzeugung der Menschen, fehlte es einfach an Zeit und Kraft.

Wenn es heute noch ein Überbleibsel der damaligen Weichenstellung gibt, das mir völlig überholt erscheint, dann ist es die Unterscheidung Arbeiter/Angestellter in der Sozialversicherung. Sie ist schon deshalb überholt, weil sie sich im praktischen Leben erledigt hat. Diesen Anachronismus hätte man damals schon beseitigen können.

Walter Eberhardt: Als das Bundessozialhilfegesetz eingeführt wurde, glich das einer Revolution, weil, und das kann man sich heute kaum noch vorstellen, ein Bruch mit einem Element des Wohlfahrtsstaates stattfand, der in deutscher Tradition autoritär geprägt war. In den Kommunen hatte es bis dahin eine Abteilung namens Wohlfahrtsrente gegeben, für die im Außendienst Fürsorgerinnen tätig waren: Der autoritäre Staat gewährte Leistungen je nach Kassenlage. Mit dem Sozialhilfegesetz wurde dann ein Rechtsanspruch auf Leistungen verwirklicht. Mit dieser Art von Sozialstaatsdiskussion war nach unserem Verständnis auch ein Bruch mit dem Staatsverständnis des autoritären Staates verbunden.

Zweitens: Ich bedaure, dass hier kein Verfechter des Schröder-Blair-Papiers anwesend ist, der uns hätte erklären können, warum man darin die völlig unterschiedlichen sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien und Deutschland nicht berücksichtigt hat. Ich zweifle, ob die großen europäischen Probleme im Hinblick auf ein zusammenwachsendes Europa einfach zu lösen sind.

Rainer Hank: Frau Ostner hat unter Hinweis auf die Pfadabhängigkeit angedeutet, man könne kaum aussteigen. Ein solches Argument kann auch immunisierend gebraucht werden, wie es bei der Schröder-Blair-Debatte in Deutschland geschehen ist. Wäre ich etwas polemischer, würde ich sagen, das, was Sie gemacht haben, ist so etwas wie die wissenschaftliche Begründung für das, was Lafontaine im Moment in den Talk-Shows tut. Das kann man tun, aber dann muss man sich auch damit auseinandersetzen, warum wir in der Tat in der Stagnation des deutschen Modells verbleiben wollen. Muss es bei vier Millionen Arbeitslosen bleiben, weil wir aus dem Pfad nicht aussteigen können? Wäre es nicht sinnvoll, dass auch Institutionen mehr und mehr unter Wettbewerbsbedingungen kommen? Dann hieße die Alternative zur Pfadabhängigkeit Bench-Marking.

Das ist es, was bei aller Verschwommenheit das Schröder-Blair-Papier ausmacht. Es setzt auf den Vergleich mit den besten Lösungen. Und was den Arbeitsmarkt angeht, sind wahrlich nicht die Deutschen die Besten. Deswegen macht man es sich zu einfach, wenn man die Pfadabhängigkeit überstrapaziert.

Volker Bahl: Strukturwandel ging eigentlich immer mit Dezentralisierung einher. Als zum Beispiel die Automobilindustrie zu Beginn der Weimarer Zeit wuchs, gab es zunächst Hunderte von Newcomern. Allerdings hatte sich das zum Ende der Weimarer Zeit schon wieder auf ein gutes Dutzend reduziert.

Solche Phasen in der Industrialisierung gilt es zu reflektieren, wenn man das gegenwärtige System umstellt. Interessant ist dabei die Frage, inwieweit man dabei institutionellen Wettbewerb hinkriegt, um zu sehen, wie man etwas besser machen kann. Wir müssen die Probleme diskutieren und nicht, à la Schröder-Blair-Papier, so tun, als hätten wir Lösungen. Wir haben sie nicht.

Ilona Ostner: Zur Begrifflichkeit Sozialstaat - Wohlfahrtsstaat: Man muss unterscheiden zwischen dem, wie der Begriff Wohlfahrtsstaat in Deutschland klingt und dem, wie er in der Wohlfahrtsstaatsforschung verwendet wird. Die englischen Historiker verwenden übrigens auch den Begriff Social Service State zur Abgrenzung vom herkömmlichen britischen Wohlfahrtsstaat als staatlich gestützter Selbsthilfe.

Ich bin keine Anhängerin der Pfadabhängigkeit. Was allerdings bei Blair wie ein Pfadwechsel aussieht, geht, wie ich sagte, auf verschüttete oder verkannte Alternativen in der britischen Geschichte zurück. Pfade hatten und haben immer mehrere Varianten und vieles,

was dann Politik wird, war von den Akteuren gar nicht gewollt: so war es bei den liberalen Reformen in England 1908-1911, so war es bei Bismarcks Sozialpolitik.

Spannend wird es immer dann, wenn ein Pfadwechsel vorgenommen wird, wobei das in der Variationsbreite tatsächlich nicht beliebig ist. Im EU-Europa gibt es keine Konvergenz der Wohlfahrtsstaaten, vielleicht geht der Pfad in Richtung Sozialversicherungsstaat mit einer bestimmten Sockelung. Trotzdem werden jeweilige Besonderheiten erhalten bleiben.

Damit EU-Europa wettbewerbsfähig bleibt, muss die Nichtbeschäftigung bekämpft werden. Was aber verhindert im jeweiligen Wohlfahrtsstaat Beschäftigungsfähigkeit? Die zugehörigen Problemlagen sehen in den Niederlanden, in Skandinavien, in England, in Deutschland jeweils ganz anders aus. Und auch die institutionellen Ressourcen, Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind in den Wohlfahrtsstaaten unterschiedlich.

In den Niederlanden und in Dänemark hat ein gut funktionierender Korporatismus Lösungen ermöglicht - nicht die Konfliktpolitik. Dänemark ist deshalb ein phantastisches Beispiel, weil dieser Wohlfahrtsstaat großzügig ist. Meine These: Ein großzügiger Wohlfahrtsstaat mit gut ausgebauten kooperierenden Institutionen ist eher in der Lage, Probleme zu lösen, als einer wie der englische. Ich finde, von dem englischen Wohlfahrtsstaat kann man wirklich gar nichts lernen, weil er hohe Armutsraten hat und verdeckte Arbeitslosigkeit, weil er nach wie vor zu viele Menschen in die Frühverrentung aussteuert.

Ein aussagefähiger Indikator ist die Beschäftigungsrate von Menschen im Alter zwischen 25 und 50. Da schneidet die Bundesrepublik, vor allem der Westen, im Vergleich zu England hervorragend ab. Man muss immer sehen, von welchen Gruppen eigentlich die Rede ist. Typisch für England ist auch, dass es nicht in die berufliche Bildung investiert, sondern in Beratungsfirmen, die aussuchen, wen man entlassen und wen man einstellen muss - natürlich gegen horrenden Honorare.

Klaus Schönhoven: In der Tat gibt es in Deutschland eine Tradition, die den Begriff Wohlfahrt negativ besetzt hat. Sie reicht in die vorindustrielle Zeit zurück, woher dieser Wohlfahrtsbegriff ja auch stammt. Gleichwohl wird, im internationalen Diskurs, mit dem Begriff ebenso operiert wie in der deutschen sozialwissenschaftlichen Debatte.

Wir haben viel über Pfadabhängigkeit und institutionelle Erbschaften gehört. Herr Muhr, ich meine schon, dass man die Situation des Umbruchs nach 1945 als Chance zum Systemwandel begreifen kann, gleichgültig, ob man diesen Systemwandel begrüßt hat oder er sich realisieren ließ.

Man muss konstatieren, dass in Deutschland die ständische Versäulung des Sozialstaates durch Berufsgruppen, durch Privilegierungen, und auch die gewerkschaftliche Verhaftung in diesem Ständesystem so stark war, dass keine der Gruppen, von den Ärzten bis zu den Gewerkschaften der britischen Besatzungszone, nach 1945 eine Innovation der Institution wollte, unabhängig davon, ob diese Innovation womöglich sogar mehr Sozialstaatlichkeit bedeutet hätte.

Die höchst unterschiedlichen Modelle in Europa kann man zu verschiedenen Modelltypen zusammenfassen: die Staatsbürgerversorgung oder den Sozialversicherungsstaat zum Beispiel. Es wird darum gehen zu versuchen, das Beste aus den verschiedenen Modellen zu kombinieren. Im institutionellen Wettbewerb, auf den sich alle einlassen müssen, zu behaupten, Deutschland habe seit Bismarck den Königsweg beschritten, wird nicht reichen. Der Weg von Bismarck bis Brandt wird vermutlich nicht mehr der Weg in die Zukunft sein.